

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Heidi Lippmann, Roland Claus
und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7313, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Folgende Ansätze sind zu streichen:

1. Kapitel 14 19 Titel 554 03 „Beschaffung von Unterstützungshubschraubern“
(204 517 000 Euro)
2. Kapitel 14 19 Titel 554 05 „Waffensystem Eurofighter 2000“
(1 007 000 000 Euro)
3. Kapitel 14 20 Titel 551 18 „Entwicklung des Waffensystems Euro-
fighter 2000“ (100 000 000 Euro)
4. Kapitel 14 19 Titel 554 06 „Beschaffung des Großraumtransportflugzeugs
(Future Transport Aircraft – FTA)“ (Leertitel)

Folgender Ansatz ist zu kürzen:

5. Kapitel 14 18 Titel 554 01 „Beschaffung von Schiffen, Betriebsfahrzeugen,
Booten, schwimmendem und sonstigem Marinegerät“ ist um 235 035 000
Euro auf 235 035 000 Euro zu kürzen.

Berlin, den 26. November 2001

**Dr. Uwe-Jens Rössel
Heidi Lippmann
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Die Beschaffungsplanung der Bundeswehr ist schwerpunktmäßig am Ziel geographisch unbegrenzter Militärinterventionen orientiert. Es geht um strategische Transportkapazitäten, um besonders flexibel einsetzbare, luftmechanisierte Einsatzverbände, um Fähigkeiten der Hochseekriegsführung, der „entregionalisierten Randmeerkriegsführung“ und um neue Kommando- und Gefechtsführungsfähigkeiten. Die Streitkräfte sollen damit zu einem wichtigen Instrument außenpolitischer Interessen- und Machtpolitik werden. Die Neuausrüstung der Bundeswehr ist stattdessen am bisherigen Auftrag der Landesverteidigung auszurichten.

Zu 1. bis 4.

Die Beschaffung solcher Großwaffensysteme wie Eurofighter 2000, des Großraumflugzeugs und des Unterstützungshubschraubers soll den Aufbau von Krisenreaktionskräften voranbringen. Damit sollen die Weichen auch für künftige „out-of-area“-Einsätze gestellt werden. Die PDS besteht darauf, dass die deutschen Streitkräfte nur zu Zwecken der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden dürfen und lehnt daher die entsprechenden Beschaffungsprojekte ab.

Zu 5.

Allen Planungen, die die deutsche Marine zur globalen militärischen Machtprojektion befähigen sollen, sind ad acta zu legen. Damit wird gerade unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen kein Mehr an Sicherheit für Deutschland erreicht – im Gegenteil. Daher ist die Zahl der zu beschaffenden Fregatten, Korvetten und U-Boote erheblich zu reduzieren; Einsatzgruppenversorger werden nicht benötigt.